

Am 14.06.2013 kam es zwischen der Polizei und einer Gruppe von jungen Menschen, welche auf offenem Allmendboden, der von der Messe Basel gemietet wurde, eine illegale Party veranstaltet haben, zu Auseinandersetzungen.

Die Art Basel ist sich sicherlich bewusst gewesen, dass sie mit einer Favela vor der Haustüre provozieren wird und dies ist höchstwahrscheinlich auch der Wunsch des Künstlers gewesen. Favelas sind improvisierte Siedlungen von Menschen in Lateinamerika, die keinen Wohnraum finden. Nun haben junge Menschen auf diese bewusste Provokation kreativ reagiert und wollten zeigen, wie sie sich eine Favela tatsächlich vorstellen. Solche Aktionen müssten insbesondere im Rahmen der Art ihren Raum haben.

Die Messe Basel, welche grosse Sympathien in Basel genießt, reichte in der Folge eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs gegen die Aktion der Basler ein. Der öffentliche Raum wird somit privatisiert.

Ein Medienbericht beginnt wie folgt: "Mit Tränengas und Gummischrot ist die Polizei gegen die illegal errichtete Favela auf dem Messeplatz vorgegangen. Sie bereitete damit der friedlichen Feier ein abruptes und gewaltsames Ende." (TagesWoche vom 14.06.2013).

Es ist verständlich, dass die Polizei im Kanton Basel-Stadt die Ordnung und Sicherheit sicherstellen und die diesbezüglich notwendigen Handlungen vornehmen muss. In diesem Fall ist aber der Eingriff der Polizei nicht nachvollziehbar, wenn doch begründet wird, dass es darum ging, dem Strafantrag der Messe Basel Folge zu leisten. Es ist sicher schade, dass die Aktivisten den polizeilichen Anordnungen weg zu gehen, nicht Folge leisteten, aber dies rechtfertigt das Vorgehen der Polizei noch nicht. Sie handelte gewaltsam gegen die Aktivisten und beendete diese Aktion mit einer Sachbeschädigung. Eine dringende Notwendigkeit für den polizeilichen Eingriff bestand nicht. Mit der wilden, ergänzenden Favela wurden keine Werte bedroht, es ging bloss darum, in der Öffentlichkeit Zeichen zu setzen und eine provokative Kunstinstallation kritisch zu hinterfragen.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was wollte die Polizei mit ihrem Einsatz, welcher nur wenige Minuten dauerte, tatsächlich bewirken?
2. Was versteht der Regierungsrat unter dem Begriff der Verhältnismässigkeit?
3. Gab es keine mildereren Massnahmen, um die illegale Party aufzulösen? Über welche anderweitigen Massnahmen wurden diskutiert?
4. Auf öffentlichem Boden kann kein Hausfriedensbruch stattfinden. Gestützt auf welche gesetzliche Grundlage wurde die Räumung des Platzes angeordnet und gestützt auf welche gesetzliche Grundlage wurden derart heftige Polizeimittel dazu in Anspruch genommen?
5. Wie beurteilt die Polizei im Nachhinein den Einsatz gegen die unbewilligte Party?
6. Gemäss Medienberichten soll die Polizei auf heftigen Widerstand gestossen sein. Sie habe entsprechend mit Gummischrot und Reizstoff reagiert. Die Interpellantin hat das Video gesehen und mit mehreren TeilnehmerInnen der Aktion und Passanten gesprochen. Ihr sind keine solchen Widerstände zu Beginn des Polizeieinsatzes bekannt. Von welchem Widerstand ist die Rede? Was sind die genauen Gründe, die für den Einsatz derart heftiger polizeilicher Mittel geführt haben?

Sibel Arsian